



Stadtratssitzung

Donnerstag, 12. Januar 2012, 17.00 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

| Traktanden | Geschäfts- nummer |
|---|------------------------------|
| 1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 20 vom 17. November 2011) | --- |
| 2. Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2012 | 09.000081 |
| 3. Aufsichtskommission (AK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2012 | 09.000082 |
| 4. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) - Ersatzwahl eines Mitglieds - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2012 | 09.000083 |
| 5. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2012 | 09.000084 |
| 6. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) - Ersatzwahlen von zwei Mitgliedern - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2012 | 09.000085 |
| 7. Agglomerationskommission (AKO) - Ersatzwahlen von zwei Mitgliedern | 06.000097 |
| 8. Dringliche Interpellation Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP): Wurde Herrn K. das Unterschlagen (zu) leicht gemacht – wie gross ist der Schaden für die Stadt Bern? (FPI: Hayoz) verschoben vom 15. Dezember 2011 | 11.000336 |
| 9. Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Mehrweg-geschirr statt Flaschenwurf und Müllberge! Auch die IKUR-Reitschule braucht ein Mehrweggeschirr- und Abfallkonzept! (TVS: Rytz) | 11.000329 |
| 10. Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Tram Region Bern – Betriebliche Optimierungen (Veränderungen des heutigen Angebotes) als Alternative zu einer zweiten Tramachse zur Entlastung der Innenstadt (TVS: Rytz) | 11.000358 |
| 11. Reglement vom 13. Juni 1999 über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs (RFFV; SSSB 761.4); Berichterstattung 2001–2010 sowie Umsetzungsprogramm 2011 und 2012 (PVS: Trede / TVS: Rytz) | 04.000036 |
| 12. Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Alexander Feuz, FDP): Unzulässige Privilegierung der Reithalle durch den Gemeinderat? Wieso unterschlägt der Gemeinderat dem Stadtrat wichtige Angaben betreffend Reithalle? (SUE: Nause) | 11.000355 |
| 13. Kleine Anfrage Rania Bahnan Buechi, Manuel C. Widmer (GFL): Tourismusförderung – Wie und wann geht es mit der Tourismusförderabgabe TFA weiter? (SUE: Nause) | 11.000359 |

| | |
|--|-----------|
| 14. Dringliche Interpellation Fraktion BDP/CVP (Martin Schneider, BDP/Béatrice Wertli, CVP): Wie viel Wert hat ein Stadtratsbeschluss? (PRD: Tschäppät) | 11.000356 |
| 15. Kleine Anfrage Rudolf Friedli (SVP): Gestützt auf welche Rechtsgrundlagen bezahlt die Stadt Bern die Miete für die Reitschule? (PRD: Tschäppät) | 11.000360 |
| 16. Postulat Fraktion GB/JA! (Anne Wegmüller/Lea Bill, JA!) vom 26. Juni 2008: Wegleitung für Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse in der Stadt Bern; Fristverlängerung (GuB: Tschäppät) verschoben vom 1. Dezember 2011 | 08.000234 |
| 17. Interpellation Fraktion SVPplus (Ueli Jaisli, SVP): Dauernomaden – diesmal im Pfründwald (PRD: Tschäppät) verschoben vom 1. Dezember 2011 | 11.000216 |
| 18. Interfraktionelle Motion FDP und GLP (Mario Imhof, FDP/Bernhard Eicher, JF/ Michael Köpfli, GLP) vom 22. Oktober 2009: Fussball WM 2010: Public Viewing Ja, aber ohne öffentliche Gelder; Abschreibung (SBK: Lea Bill / PRD: Tschäppät) | 09.000367 |

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| Protokoll Nr. 1 | 1 |
| Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.30 Uhr..... | 3 |
| Mitteilungen Präsidium | 4 |
| Traktandenliste..... | 4 |
| 1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 20 vom 17. November 2011) | 4 |
| 2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2012 | 4 |
| 3 Aufsichtskommission (AK) – Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2012 | 9 |
| 4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)..... | 9 |
| 5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) | 9 |
| 6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK)..... | 9 |
| 7 Agglomerationskommission (AKO)..... | 9 |
| 10 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Tram Region Bern – Betriebliche Optimierungen (Veränderungen des heutigen Angebotes) als Alternative zu einer zweiten Tramachse zur Entlastung der Innenstadt..... | 10 |
| 13 Kleine Anfrage Rania Bahnan Büechi, Manuel C. Widmer (GFL): Tourismusförderung – Wie und wann geht es mit der Tourismusförderabgabe TFA weiter? | 11 |
| 15 Kleine Anfrage Rudolf Friedli (SVP): Gestützt auf welche Rechtsgrundlagen bezahlt die Stadt Bern die Miete für die Reitschule? | 12 |
| 8 Dringliche Interpellation Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP): Wurde Herrn K. das Unterschlagen (zu) leicht gemacht – wie gross ist der Schaden für die Stadt Bern? | 13 |
| 9 Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Mehrweggeschirr statt Flaschenwurf und Müllberge! Auch die IKUR-Reitschule braucht ein Mehrweggeschirr- und Abfallkonzept! | 17 |
| Eingänge | 20 |

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.30 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin 2011 Vania Kohli
Präsidentin 2012 Ursula Marti

Anwesend

Peter Ammann
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Büechi
Vinzenn Bartlome
Giovanna Battagliero
Henri-Charles Beuchat
Sonja Bietenhard
Lea Bill
Manfred Blaser
Rithy Chheng
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Peter Erni
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Regula Fischer
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Judith Gasser
Simon Glauser
Thomas Göttin
Claude Grosjean
Guglielmo Grossi

Beat Gubser
Lukas Gutzwiller
Monika Hächler
Kurt Hirsbrunner
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Stefan Jordi
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Michael Köpfli
Peter Künzler
Lea Kusano
Prisca Lanfranchi
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Corinne Mathieu
Robert Meyer
Christine Michel
Patrizia Mordini

Eveline Neeracher
Stéphanie Penher
Halua Pinto de Magalhães
Judith Renner-Bach
Rahel Ruch
Kurt Rüeggsegger
Hasim Sancar
Alexandre Schmidt
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Tanja Walliser
Peter Wasserfallen
Jürg Weder
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Leyla Gül
Jimmy Hofer

Pascal Rub
Matthias Stürmer

Béatrice Wertli

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Annika Wanner, Protokoll

Nik Schnyder, Ratsweibel
Margrit Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadt-
schreiber

Mitteilungen Präsidium

Die Vorsitzende *Vania Kohli*: Allen Stadträtinnen und Stadträten und allen Anwesenden im Saal wünsche ich ein gutes, erfolgreiches und gesundes Jahr 2012. Wir begrüßen heute Peter Erni als neues Stadtratsmitglied der FDP. Er ist der Nachfolger von Yves Seydoux. Der 40-jährige Peter Erni ist Experimentalphysiker. Er arbeitet im Staatssekretariat für Bildung und Forschung. Er hat gegenüber uns allen einen massiven Vorteil, weil er in der Altstadt wohnt und nach den Stadtratssitzungen den kürzesten Heimweg haben wird. Herzlich willkommen im Rat, Peter Erni!

Wir haben eine Rücktrittsmeldung von Jimmy Hofer erhalten. Jimmy Hofer ist per sofort aus dem Stadtrat zurückgetreten. Er hat kein Rücktrittsschreiben geschrieben. Darum kann ich an dieser Stelle nichts vorlesen. Ich wünsche Jimmy Hofer alles Gute bei seinen neuen beruflichen Tätigkeiten.

Ich habe bereits letztes Jahr angekündigt, dass ich nach der heutigen Sitzung aus dem Stadtrat zurücktreten werde, treu nach dem alten Berner Motto „servir et disparaître“. Ich habe alles daran gesetzt, diesen Rat so effizient wie möglich zu leiten. Darum möchte ich hier auch nicht länger werden. Ich zitiere nur noch einen Satz von Harry S. Truman, der bei seinem Amtsende gesagt hat: „I wasn't one of the great presidents, but I had a good time trying to be one – I can tell you that!“ Das gilt auch für mich. (Beifall)

Ich danke für die Akzeptanz, die ich im letzten Jahr von fast allen von Ihnen zu spüren bekommen habe und ich wünsche Ihnen allen für die Zukunft nur das Beste.

Wir verfügen heute über 31 traktandierungsbereite Vorstösse.

Traktandenliste

Antrag Fraktion SVPplus

Gemäss Ratsreglement Art. 65² müssen kleine Anfragen am traktandierten Sitzungstag im Stadtrat behandelt werden. Damit dies sichergestellt ist und somit eine Vernetzung des GRSR ausgeschlossen werden kann, stellt die SVPplus Fraktion den Antrag, dass die kleinen Anfragen nach den Wahlen behandelt werden.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag der Fraktion SVPplus zu (52 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen).

Abstimmung erfolgte ohne Namenliste

1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 20 vom 17. November 2011)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 20 vom 17. November 2011.

2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2012

Geschäftsnummer 09.000081

Die Vorsitzende *Vania Kohli*: Für das Präsidium ist die jetzige 1. Vizepräsidentin Ursula Marti von der SP nominiert. Ich erinnere daran und ich freue mich auch, dass wir in diesem Jahr

das reguläre Wahlverfahren durchführen, indem wir den Stadtratspräsidenten oder die Stadtratspräsidentin durch Aufstehen wählen.

Beschluss

Der Stadtrat wählt für das Jahr 2012 Ursula Marti (Fraktion SP/JUSO) einstimmig als Stadtratspräsidentin.

(Beifall)

Die Vorsitzende *Vania Kohli*: Es freut mich ausserordentlich, dass Ursula Marti einstimmig zur neuen Ratspräsidentin gewählt worden ist. Ich habe für sie ein kleines Geschenk ausgewählt: als höchste Bernerin wird sie sicher immer den Überblick hier im Stadtrat haben – da bin ich mir sicher. Ich habe mir sagen lassen, dass sie sich nicht nur in der Stadt sehr wohl fühlt, sondern auch sehr gerne ab und zu in die Berge geht. Und für den Fall, dass es in Bern einmal neblig sein sollte, liebe Ursula, das kann wettermässig oder auch politisch sein, bekommst du von mir einen Gutschein, damit du als „top of Berne“ mit deinem Mann einmal auf's „top of Europe“ gehen kannst – Weitsicht und ab und zu auch eine kleine Luftveränderung tut in jedem Fall gut. Ich wünsche dir für das neue Amt alles Gute! La reine est morte – vive la reine!

- Präsidentin 2012 Ursula Marti übernimmt die Sitzungsleitung. -

Die Vorsitzende *Ursula Marti*: Ich freue mich sehr über die Wahl als Stadtratspräsidentin. Es ist für mich eine grosse Ehre, aber auch eine grosse Verpflichtung, dieses Amt für ein Jahr ausüben zu dürfen. Ich möchte mich als erstes bei meinen Ratskolleginnen und -kollegen für das Vertrauen, welches sie mir mit dieser Wahl entgegenbringen, bedanken. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen Fraktionen und allen Mitgliedern des Stadtrates. Ich bin überzeugt, dass wir mit gegenseitigem Verständnis und Respekt die anstehenden politischen Geschäfte gut und konstruktiv über die Bühne bringen werden. Wir haben ein arbeitsreiches Jahr vor uns. Wir werden einige Reglemente, einige Sachgeschäfte, Abstimmungsvorlagen und viele Vorstösse zu bearbeiten haben. Zudem steht das Jahr 2012 im Zeichen der städtischen Wahlen. Wir werden im Rat die zunehmende Nervosität spüren, je näher der Abstimmungstermin vom November 2012 rückt. Für Herausforderungen und Aufregung ist also gesorgt. Die Politik lebt von der Debatte, von der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Denkhaltungen, der Auslegeordnung der Pro- und Contraargumente, dem Bewerten, Einordnen und Abwägen dieser Argumente, dem Ringen um Kompromisse. Dieser Prozess soll schlussendlich zu guten Lösungen führen, zu Lösungen, die eine echte Verbesserung bringen und von einer Mehrheit der Bevölkerung verstanden und mitgetragen werden. Das Teilhaben an diesem politischen Prozess bedingt, dass man sich selber immer wieder klar wird über die eigenen Werte, dass man seine Ziele gut reflektiert und seine Positionen immer auch wieder den neuen Entwicklungen und dem aktuellen Wissen anpasst. Das bedingt auch, dass man sich aktiv informiert und dass man auch Andersdenkenden zuhört. Das alles macht die Politik für mich so wertvoll und faszinierend. Aus vielen Gesprächen habe ich die Erfahrung gemacht, dass wir über die Parteigrenzen hinweg viele Werte teilen und dass wir – nicht immer, aber doch häufiger, als man meint – sogar ähnliche Ziele haben, uns dann aber oft nicht einig sind, welches der beste Weg zu diesem Ziel ist. Das Wissen, dass wir immer auch Verbindendes haben, finde ich sehr hilfreich. Das sollten wir für konstruktive Lösungen nutzen.

Wenn ich an die aktuellen politischen Herausforderungen denke, sind das für mich bei weitem nicht nur die grossen Schlagworte wie Atomausstieg oder Finanzkrise. Es gibt viele Probleme, die sich schleichend entwickeln und die nicht an grosse Ereignisse gekoppelt sind und darum

nur wenig Aufsehen erregen. Es sind Probleme oder Entwicklungen, die aber in ihren Auswirkungen fatal und sehr schädlich sind, nicht nur für die direkt Betroffenen, sondern für unsere Gesellschaft insgesamt. Ich denke an die zunehmende Entsolidarisierung, die sich in der ungerechten Verteilung von Gütern und Ressourcen ausdrückt. Anstatt dass die Umverteilung von oben nach unten stattfindet, was dringend nötig wäre, findet sie weiterhin von unten nach oben statt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer mehr. 2001 haben im Kanton Bern die zehn Prozent der ärmsten Haushalte ein sechs Mal tieferes Einkommen verzeichnet als die zehn Prozent der reichsten Haushalte. Nur sieben Jahre später, 2008, war das Einkommen der ärmsten Haushalte bereits acht Mal tiefer als das der reichsten. In der Schweiz besitzen mittlerweile zwei Prozent der Bevölkerung die Hälfte des Gesamtvermögens. Das muss man sich einmal vorstellen! Weltweit konsumiert ein Viertel der Bevölkerung drei Viertel der verfügbaren Ressourcen und verbraucht rund sechs Prozent der Weltenergie. Der wichtigste Faktor gegen die Armut und für die soziale Gerechtigkeit, sei es im Kanton Bern oder weltweit, ist die Bildung. Das Bildungswesen – ich sehe das sehr breit gefasst, vom Vorschulangebot über die Volksschule, die Aus- und Weiterbildung bis zur Nachholbildung für Erwachsene – sollte qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Stattdessen wird ausgerechnet dort gespart und abgebaut. Investitionen in die Bildung kosten nicht nur, nein, sie zahlen sich auch wirtschaftlich aus. Ich bin überzeugt davon, dass lokal und weltweit betrachtet soziale und ökologische Fragen eng miteinander verknüpft sind und darum nur integral gelöst werden können. Ohne soziale Gerechtigkeit werden wir die grossen ökologischen Herausforderungen nicht lösen können und umgekehrt.

Ich bin mit Leib und Seele Milizpolitikerin. Mir gefällt es, wenn es hier im Stadtrat lebhaft und engagiert zu und her geht. Ich bin der Meinung, dass alle, die etwas Wesentliches zur Debatte beizutragen haben, zu Wort kommen sollen. Das Wort „Parlament“ kommt schliesslich vom Wort „parlare“. Debatten sind aber nur dann fruchtbar und förderlich, wenn sie auch tatsächlich der Sache dienen. Unsere Zeit, unsere Aufmerksamkeit und unsere Aufnahmefähigkeit sind beschränkt. Wir haben im Stadtrat alle zwei Wochen vier Stunden Sitzungszeit. Es gilt, diese wertvolle Zeit mit jenen Themen zu füllen, die für die Stadt Bern und die Bevölkerung auch tatsächlich wesentlich sind. Ich masse mir nicht an, zu bestimmen, was das ist. Ich bitte aber alle Fraktionen und alle Mitglieder des Stadtrates, sich bei der Sitzungsvorbereitung und auch während der Sitzungen immer wieder die Frage nach dem Wesentlichen zu stellen und sich danach zu verhalten. Manchmal hilft dafür ein Perspektivenwechsel. Stellen Sie sich vor, Sie seien eine Touristin oder ein Tourist und Sie verirren sich zufälligerweise während einer Stadtratssitzung auf die Zuschauertribüne des Ratsaals. Was muss hier unten ablaufen, damit Sie oben am Ende sagen können, dass das Parlament wichtige Entscheide zu fällen und die Politikerinnen und Politiker Sie mit den spannenden Argumenten und kurzweiligen Voten gepackt habe? Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie sorgfältig und überlegt mit unserer wertvollen Zeit im Stadtrat um. Ich von meiner Seite her verspreche Ihnen, dass ich mich mit bestem Wissen und Gewissen einsetzen werde, Sie mit einer klaren Sitzungsleitung möglichst übersichtlich und schnörkellos durch die vielen Geschäfte und Abstimmungen zu führen und das Reglement korrekt, aber auch mit Augenmass anzuwenden.

Ich werde auch die repräsentativen Pflichten meines Amtes sehr ernst nehmen und – wo immer das gefragt und möglich ist – die Stadt Bern und den Stadtrat an Anlässen vertreten. Ich sehe das als Chance, um mit verschiedenen Menschen und Organisationen in den Dialog zu treten, sich gegenseitig besser kennen zu lernen und Anliegen und Ideen auszutauschen.

Mit diesem letzten Punkt bin ich bei dem Thema angelangt, das ich mir als Leitmotiv für das Präsidialjahr vorgenommen habe. Ich möchte dieses Jahr nutzen, um den Stadtrat besser zu vernetzen und den Austausch über die Gemeinde-, ja sogar über die Landesgrenze zu pflegen. Es ist offensichtlich: Viele politische Geschäfte, Überbauungen, Tramlinien, öffentliche Infrastrukturen, Dienstleistungen müssen heute gemeindeübergreifend geschaffen werden.

Ich bin überzeugt, dass die Basis für gute gemeinsame Lösungen gegenseitiges Vertrauen ist. Vertrauen kann man am besten aufbauen, indem man sich persönlich trifft und die Gelegenheit hat, sich als Mensch kennenzulernen. Um dies zu fördern, braucht es konkrete Aktivitäten. Ich habe darum zur heutigen Stadtratssitzung und zum anschliessenden Fest die vier Amtskolleginnen und Amtskollegen aus den angrenzenden Gemeinden eingeladen. Drei davon konnten heute kommen, nämlich die designierte Präsidentin des Parlaments von Köniz, Annemarie Berlinger, der Präsident des GGR Ostermundigen, Michael Werner, und der Präsident des GGR Zollikofen, Hans Peter Baumann. Der vierte im Bund, der Präsident des Parlaments von Muri, Beat Marti, musste sich leider entschuldigen. Ich begrüsse diese Vorsitzenden ganz herzlich und freue mich sehr, dass sie diesen Abend mit uns verbringen. Ich möchte die Stadträtinnen und Stadträte auffordern, die Gelegenheit zu nutzen und das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen der Nachbargemeinden zu suchen. Die Stadt Bern grenzt insgesamt an zwölf andere Gemeinden an. Ich finde die Zusammenarbeit mit all diesen Gemeinden sehr wichtig. Nicht alle haben aber aufgrund ihrer Grösse ein Parlament. Dort, wo es möglich ist, finde ich es wichtig, dass wir uns unter den Parlamenten besser vernetzen als bis anhin. So ist am 29. März 2012 das Parlament von Köniz eingeladen, einen Augenschein in unsere Stadtratssitzung zu nehmen. In der Pause findet für alle Interessierten ein Austauschtreffen mit einem gemeinsamen Apéro statt. Warum ausgerechnet Köniz? Köniz ist unsere grösste Nachbargemeinde. Bereits im letzten Jahr hat ein Treffen mit den Büromitgliedern der beiden Räte stattgefunden. Wir fanden es sehr lohnenswert, diesen Kontakt weiter zu fördern. Wir werden später auch einen Gegenbesuch in Köniz machen dürfen. Ich habe mir sagen lassen, dass wir, was Disziplin und Ruhe angeht, von unsern Nachbarn einiges lernen könnten.

Weiter werden wir sogar über die Landesgrenzen hinaus den Austausch pflegen. Wie Sie alle wissen, hat im Oktober 2011 eine siebenköpfige Delegation des Stadtrates für einen offiziellen Besuch nach Tiflis, der Hauptstadt von Georgien, reisen dürfen. Dies war eine äusserst interessante, lehrreiche und schöne gemeinsame Erfahrung. Das werden Ihnen alle Delegationsmitglieder unisono bestätigen können. Wie es den Gepflogenheiten entspricht, haben wir gegenüber dem Präsidenten der Stadtversammlung von Tiflis eine Gegeneinladung ausgesprochen. Wir sind daran, den Anlass zu konkretisieren. Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr eine Delegation aus Tiflis hier in Bern empfangen können.

Zudem wird mindestens noch ein weiterer Austausch mit einer anderen Gemeinde stattfinden, nämlich im Rahmen des diesjährigen Stadtratsausfluges. Wo uns diese Reise hinführen wird und was wir dort erleben werden, verrate ich aber noch nicht. Es wird noch weitere kleinere und grössere Austauschmöglichkeiten geben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch allen die jährliche Agglomerationstagung, welche die AKO organisiert, ans Herz legen. Der Austausch hilft uns nicht nur beim Finden von gemeinsamen Lösungen. Er hilft uns auch, unser Blickfeld zu vergrössern und offener und vielleicht auch ein Stück kreativer oder mutiger zu werden. Der Austausch kann uns aber auch helfen, eigene Errungenschaften mehr zu schätzen, weil wir sehen, dass sie nicht selbstverständlich sind. Ich freue mich auf spannende Begegnungen in diesem Jahr.

Zum Schluss ist es mir ein sehr grosses Anliegen, meiner Vorgängerin zu danken. Liebe Vania, ich danke dir herzlich für deine Worte und dein Geschenk. Ich freue mich sehr darauf, dieses Geschenk einzulösen. Vor allem möchte ich dir im Namen des ganzen Stadtrates herzlich danken für deinen grossen Einsatz im vergangenen Jahr als Ratspräsidentin. Ich habe sehr bewundert, wie du vor einem Jahr, ohne vorher viel Ratserfahrung gesammelt zu haben, das Präsidium mit viel Elan übernommen und den Rat von Anfang an souverän, beherzt und oft auch mit Humor geleitet hast. Damit hast du massgeblich dazu beigetragen, dass wir fast immer eine gute Stimmung hatten und konstruktiv arbeiten konnten. Ein besonderes Anliegen war dir die Ratseffizienz. Du hast immer die Statistik mit den hängigen Geschäften vor Augen

gehabt und hast uns den aktuellen Stand bei jeder Sitzung, manchmal mit einem mahnenden Unterton, manchmal mit Genugtuung, mitgeteilt. Wer es gewagt hat, sich in der Hitze des Gefechts beim gleichen Traktandum mehrmals zu Wort zu melden, hat mit einem strengen Blick von dir rechnen müssen. Das hat offenbar genützt. Wir haben dieses Jahr mit einer sehr kurzen Pendenzliste starten können. Dafür sind wir dir alle – und ich im Besonderen – sehr dankbar. Ich bin gespannt, ob es mir auch gelingen wird, wenn nötig einen solch strengen Blick aufzusetzen – vermutlich nicht! Liebe Vania, ich habe das Jahr an deiner Seite als deine Vizepräsidentin sehr genossen, mit deiner Herzlichkeit, deinem italienischen Temperament, deiner Grosszügigkeit und deiner Offenheit über die Parteigrenzen hinweg, aber auch deiner Zuverlässigkeit und deinem entschlossenen Handeln, wenn es die Situation erforderte. Die Zusammenarbeit mit dir ist eine Freude und war eine Bereicherung für mich. Du trittst mit dieser Sitzung aus dem Stadtrat zurück. Du bleibst der Politik aber zum Glück zumindest als Grossrätin erhalten. Wer weiss, welche anderen Ämter noch auf dich warten. Für deine Zukunft, privat wie politisch, wünsche ich dir alles Gute. Ich habe dir auch ein Geschenk mitgebracht. Wie bereits erwähnt hat eine Delegation vor zwei Monaten einen offiziellen Besuch in Tiflis machen dürfen. Du Vania konntest leider nicht mitkommen. Günther Bächler, der Schweizer Botschafter von Georgien, den du persönlich gut kennst und der uns während des ganzen Aufenthaltes sehr gut betreut hat, hat uns unter anderem auf ein Weingut in Kachetien mitgenommen. Kachetien ist das älteste Weinbaugebiet der Welt. Es gibt dort eine reiche Auswahl einzigartiger Rebsorten. Entsprechend gross ist die Tradition, das Wissen und das Können des Weinbaus und entsprechend gut ist der Wein. Ich schenke dir eine Auswahl der besten Weine dieses Weingutes. Ein Teil davon ist nach einer alten georgischen Methode hergestellt und nicht in Fässern, sondern in Tongefässen im Erdboden gegärt worden. Es hat aber auch Wein dabei, der nach dem neusten Stand der Technik produziert worden ist. Alle Weine sind natürlich biologisch.

(Beifall)

Beschluss

Der Stadtrat wählt für das Jahr 2012 Rudolf Friedli (Fraktion SVPplus) als 1. Vizepräsident.

(Beifall)

Die Vorsitzende *Ursula Marti*: Lieber Ruedi, ich gratuliere dir herzlich zu deiner Wahl. Ich wünsche dir alles Gute in deinem Amt. Ich freue mich, dass wir nun ein Jahr lang hier vorne zusammen arbeiten werden. Ich überreiche dir zu deiner Wahl ein kleines Geschenk.

Beschluss

Der Stadtrat wählt für das Jahr 2012 Tania Espinoza (Fraktion GFL/EVP) als 2. Vizepräsidentin

(Beifall)

Die Vorsitzende *Ursula Marti*: Liebe Tania, ich gratuliere dir herzlich zu deiner Wahl. Ich freue mich, mit dir zusammenzuarbeiten. Ich überreiche auch dir ein kleines Geschenk zu deiner Wahl.

Beschluss

1. Der Stadtrat wählt Christoph Zimmerli (Fraktion FDP) als Stimmenzähler.
2. Der Stadtrat wählt Corinne Mathieu (Fraktion SP/JUSO) als Stimmenzählerin.

3 Aufsichtskommission (AK) – Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2012

Geschäftsnummer 09.000082

1. Der Stadtrat wählt als Ersatz für den zurückgetretenen Martin Trachsel in die AK: Prisca Lanfranchi (Fraktion GFL/EVP).
2. Der Stadtrat wählt als Präsident AK 2012: Claude Grosjean (Fraktion GLP).
3. Der Stadtrat wählt als Vizepräsidentin AK 2012: Nicola von Greyerz (Fraktion SP/JUSO).

4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)

Geschäftsnummer 09.000083

1. Der Stadtrat wählt als Ersatz für den zurückgetretenen Michael Köpfli in die FSU: Peter Ammann (Fraktion GLP).
2. Der Stadtrat wählt als Präsidentin FSU 2012: Sonja Bietenhard (Fraktion BDP/CVP).
3. Der Stadtrat wählt als Vizepräsidentin FSU 2012: Rahel Ruch (Fraktion GB/JA!).

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)

Geschäftsnummer 09.000084

1. Der Stadtrat wählt als Präsident PVS 2012: Daniel Klauser (Fraktion GFL/EVP).
2. Der Stadtrat wählt als Vizepräsident PVS 2012: Mario Imhof (Fraktion FDP).

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK)

Geschäftsnummer 09.000084

1. Der Stadtrat wählt als Ersatz für die zurückgetretene Kathrin Bertschy in die SBK: Michael Köpfli (Fraktion GLP).
2. Der Stadtrat wählt als Ersatz für den zurückgetretenen Ueli Jaisli in die SBK: Roland Jakob (Fraktion SVPplus).
3. Der Stadtrat wählt als Präsidentin SBK 2012: Lea Kusano (Fraktion SP/JUSO).
4. Der Stadtrat wählt als Vizepräsident SBK 2012: Roland Jakob (Fraktion SVPplus).

7 Agglomerationskommission (AKO)

Geschäftsnummer 06.000097

1. Der Stadtrat wählt als Ersatz für den zurückgetretenen Peter Ammann in die AKO: Daniel Imthurn (Fraktion GLP).
2. Der Stadtrat wählt als Ersatz für die zurückgetretene Ursula Marti in die AKO: Nicola von Greyerz (Fraktion SP/JUSO).

- Die Traktanden 10, 13 und 15 werden vorgezogen. -

10 Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Tram Region Bern – Betriebliche Optimierungen (Veränderungen des heutigen Angebotes) als Alternative zu einer zweiten Tramachse zur Entlastung der Innenstadt

Geschäftsnummer 11.000358 / 11/324

Die Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderates wie folgt: Für den Gemeinderat gilt nach wie vor, was er in der Antwort vom 17. März 2011 auf die dringliche Motion der AKO ausgeführt und im Stadtratsvortrag vom 3. November 2011 zur Erhöhung des Projektierungskredits für das Tram Region Bern bestätigt hat: Er steht hinter dem Anliegen, eine zweite Tramachse zur Entlastung der Innenstadt vom öffentlichen Verkehr in enger Verknüpfung mit dem Projekt Tram Region Bern zu realisieren und zu diesem Zweck insbesondere auf die Zustimmung des Kantons und die finanzielle Beteiligung von Bund und Kanton hinzuwirken. Zu diesem Zweck hat die Behördendelegation Tram Region Bern Ende 2010 eine Zweckmässigkeitsbeurteilung Zweite Tramachse (ZMB) ausgelöst, welche einen umfassenden Variantenfächer untersucht und deren Resultate im Frühjahr 2012 vorliegen werden. Neben den dort untersuchten infrastrukturellen Lösungsansätzen sind grundsätzlich auch betriebliche Lösungen für die Entlastung der Innenstadt denkbar. Die Prüfung dieser Lösungen ist Aufgabe der Regionalkonferenz Bern Mittelland, welche sich seit der Erarbeitung des Regionalen Tramkonzepts (2003) mit diesem Thema befasst. In diesem Sinn ergänzt die mit der Kleinen Anfrage angesprochene Studie der Regionalkonferenz die Arbeiten der ZMB.

Zu den in der Anfrage gestellten einzelnen Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:
Zu Frage 1: Die Studie zu den betrieblichen Optimierungen wurde durch die Regionalkonferenz in Auftrag gegeben und wird durch den Kanton mitfinanziert. Das Geschäft war deshalb im Gemeinderat nicht formell als Beschlussgeschäft traktandiert. Der Gemeinderat liess sich jedoch im November 2011 über den Stand der Arbeiten an der ZMB Zweite Tramachse informieren und nahm dabei auch Kenntnis vom Auftrag zur Studie der Regionalkonferenz.

Zu Frage 2: Der Gemeinderat steht – wie erwähnt – hinter dem Anliegen, eine zweite Tramachse zur Entlastung der Innenstadt vom öffentlichen Verkehr zu realisieren. Dies hat er auch im Rahmen der Mitwirkung zur Studie der Regionalkonferenz zu den betrieblichen Optimierungen deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Haltung des Gemeinderats ist daher durch die erwähnte Studie in keiner Weise in Frage gestellt.

Zu Frage 3: Der Gemeinderat setzt die Aufträge des Stadtrats, wie sie in der Überweisung der AKO-Motion und dem Beschluss zur Erhöhung des Projektierungskredits Tram Region Bern formuliert worden sind, konsequent um.

Jaqueline Gafner Wasem (FDP): Die schönen Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Interessant ist, dass das inkriminierte Papier, welches man im Internet finden konnte, am Tag nach der Einreichung der Kleinen Anfrage plötzlich vom Netz verschwunden war. Warten wir ab! Ich glaube es erst, wenn ich es erlebe, dass sich der Gemeinderat wirklich für eine zweite Tramachse in der Altstadt einsetzt.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

13 Kleine Anfrage Rania Bahnan Buechi, Manuel C. Widmer (GFL): Tourismusförderung – Wie und wann geht es mit der Tourismusförderabgabe TFA weiter?

Geschäftsnummer 11.000359 / 11/326

Der Direktor SUE *Reto Nause* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderates wie folgt: Die Tourismusförderabgabe (TFA) ist gemäss Artikel 257 ff. Steuergesetz vom 21. Mai 2000 (StG; BSG 661.11) eine fakultative Gemeindesteuer. Wie bei der Einführung einer neuen Steuer üblich, stösst auch die allfällige Einführung einer TFA in der Stadt Bern nicht nur auf positive Resonanz. So hat die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) anfangs Mai 2010 vonseiten des Handels- und Industrievereins (HIV) des Kantons Bern ein Rechtsgutachten zugestellt erhalten, das eine nicht nach Stadtteilen differenzierte Zuordnung der Tourismusabhängigkeit als verfassungswidrig einstuft. Der HIV machte ausserdem geltend, die Schwelle der Tourismusabhängigkeit sei mit 5% zu tief angesetzt. In der Folge hat der Gemeinderat beschlossen, die Rechtslage nochmals zu klären und die kritisierten Punkte trotz nicht abschliessend eindeutiger Rechtslage im Modell zu berücksichtigen.

Zu Frage 1 und 2: Nach erfolgter Vernehmlassung der erarbeiteten Unterlagen zur Tourismusförderungsabgabe (TFA) wurde – wie einleitend erwähnt – die Rechtslage aufgrund eines Rechtsgutachtens, welches im Auftrag des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern erarbeitet und eingereicht wurde, nochmals überprüft.

Gestützt auf die Ergebnisse hat der Gemeinderat am 23. März 2011 entschieden, das TFA-Modell in der Art anzupassen, dass es dem bisherigen Berner Modell entspricht, jedoch die Erkenntnisse aus den Verfahren um das Genfer Modell berücksichtigt, um den Bedenken des Gutachtens Ammon Rechnung zu tragen. Daraufhin wurde das Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus (FIF) damit beauftragt, eine Adaption und Neuberechnung des Modells zu erarbeiten. Am 19. Dezember 2011 präsentierte das FIF der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) den Entwurf und die Berechnungen für das neue Modell. Dieses wird bis Ende Januar 2012 finalisiert.

Zu Frage 3: Nein. Auch im überarbeiteten Modell wird darauf geachtet, dass die Hotellerie keine zusätzlichen Abgaben leisten muss und im gleichen Umfang wie bisher belastet wird.

Nach wie vor geht es darum, dass die TFA-pflichtigen Betriebe aufgrund ihrer Tourismusabhängigkeit, ihrer Wertschöpfungskraft und ihrer Betriebsgrösse (Anzahl Vollbeschäftigte) eine Tourismusförderungsabgabe zu leisten haben. Es soll jedoch in Anlehnung an das „Genfer Modell“ nach unterschiedlich vom Tourismus profitierenden Zonen unterschieden werden.

Zu Frage 4: Der Gemeinderat erachtete es als nicht unproblematisch, eine Vorlage zu präsentieren, der ein rechtliches Gutachten entgegensteht. Durch die Adaption des praktizierten „Genfer Modells“ auf die Gegebenheiten der Stadt Bern wird diesem Umstand Rechnung getragen.

Zu Frage 5: Die 26 bernischen Gemeinden, die eine TFA aufweisen, befinden sich alle im Oberland, einer ausgesprochenen Tourismusregion. Die Stadt Bern hingegen ist keine klassische Tourismusregion. Zudem ist die TFA ein höchst komplexes Projekt. Neben den rechtlichen Einwänden, die es zu entkräften galt, ist unbestritten, dass die Grösse der Stadt Bern, die verschiedenen Quartiere und Stadtteile und die unterschiedlichsten Interessengruppen eine weitaus schwierigere Ausgangslage darstellen als dies etwa in einer kleinen reinen Tourismusgemeinde der Fall ist.

Zu Frage 6: Ob Bern Tourismus ab 2014 mit Einnahmen aus der TFA rechnen kann, ist ungewiss. Die Widerstände gegen die Einführung einer TFA in Bern gilt es zu überwinden. Zudem ist zu beachten, dass die Einführung der TFA niemals den Ersatz des regulären, durch die

Stadt geleisteten Beitrags an Bern Tourismus zum Ziel hatte. Vielmehr geht es um zusätzliches Geld, welches Bern Tourismus zur Marktbearbeitung zur Verfügung gestellt werden soll. *Zu Frage 7:* Wie bereits erwähnt wird das neue Modell zurzeit bis Ende Januar 2012 finalisiert. Anschliessend wird es betroffenen Institutionen sowie dem Gemeinderat präsentiert. Eventuell wird nochmals eine Vernehmlassung durchzuführen sein. Wann dem Stadtrat der Vortrag unterbreitet wird, kann zurzeit noch nicht festgelegt werden

Manuel C. Widmer: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass aufgrund einer Eingabe des HIV eine Verzögerung eingetreten ist. Hat die Stadt, da sie diese Eingabe so ernst genommen hat, wenigstens das Signal des HIV erhalten, dass er im Falle einer Berücksichtigung seiner Kritikpunkte nicht erneut mit dem Referendum drohen würde? Oder hätte man das Verfahren verkürzen können?

Direktor SUE Reto Nause: Wir haben Kontakt mit Herrn Ammon gehabt, der das Rechtsgutachten erstellt hat. Er fand, dass die Sache juristisch besser aussehen würde. Wie sich der HIV verhalten wird, kann ich Ihnen nicht sagen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

15 Kleine Anfrage Rudolf Friedli (SVP): Gestützt auf welche Rechtsgrundlagen bezahlt die Stadt Bern die Miete für die Reitschule?

Geschäftsnummer 11.000360 / 11/328

Der Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderates wie folgt: Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 17. November 2011 folgenden Beschluss gefasst: *Der Stadtrat bewilligt einen Verpflichtungskredit von Fr. 380 000.00 zulasten der Laufenden Rechnung, Konto 3650104 als Beitrag der Stadt Bern an den Betrieb des Vereins Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule IKuR für das Jahr 2012 (48 Ja, 12 Nein, 7 Enthaltungen).*

Mit diesem Beschluss wurde der Gemeinderat ermächtigt, den Betrag gemäss der Zweckbestimmung im Beschluss einzusetzen. Der Gemeinderat hat deshalb entschieden, die erste ordentliche Mietzinsrate im Umfang von Fr. 80 000.00 an die Stadtbauten Bern für die Monate Januar bis März 2012 durch die Abteilung Kulturelles überweisen zu lassen. Damit können die Stadtbauten als Hausbesitzer und Vermieter den Unterhalt des denkmalgeschützten Gebäudes finanzieren und den Werterhalt sichern.

Nicht ausbezahlt wurde vorläufig der Beitrag an die Nebenkosten, der bis anhin jährlich Fr. 60 000.00 umfasste und jeweils in vier Raten auf das Konto der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) ausgerichtet wurde. Mit diesem Entscheid wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die IKuR den auf ein Jahr verkürzten Vertrag mit der Stadt nicht unterzeichnet hat. Der Gemeinderat wird die Zahlung auslösen, sobald eine Einigung über das weitere Vorgehen zustande kommt.

Zu Frage 1, 2 und 6: Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 17. November 2011 beschlossen, den Verpflichtungskredit für die Subvention der Reitschule auf ein Jahr zu begrenzen. Auftrag des Gemeinderats ist nun, für die Jahre 2013-2015 einen für alle Seiten akzeptablen Leistungsvertrag auszuhandeln und damit den Weiterbetrieb des Kulturbetriebs in der Reitschule zu sichern. Insofern knüpft der Beschluss des Stadtrats, den Kredit für das Jahr 2012 freizugeben,

nicht an das aktuelle Vorliegen eines Leistungsvertrags an. Rechtsgrundlage der Auszahlung des bewilligten Kredits bildete der Stadtratsbeschluss.

Zu Frage 3, 4 und 5: Zwischen der IKuR und Stadtbauten Bern besteht ein Mietvertrag. Die Miete wurde seit Beginn des Vertragsverhältnisses direkt von der Stadtverwaltung, Abteilung Kulturelles, an StaBe überwiesen. Die Mietkosten werden in der Rechnung der IKuR ausgewiesen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

8 Dringliche Interpellation Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP): Wurde Herrn K. das Unterschlagen (zu) leicht gemacht – wie gross ist der Schaden für die Stadt Bern?

Geschäftsnummer 11.000336 / 11/319

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht (30 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltung). -

Roland Jakob (SVPplus): Ich lese Ihnen das Votum des Interpellanten Rudolf Friedli vor: „Die Antwort des Gemeinderats zeigt klar auf, dass Fehler gemacht worden sind. Beschämend ist, dass sich der Gemeinderat vor der Verantwortung drückt und alles auf Regierungsrat Neuhaus abzuschieben versucht. Herr Neuhaus ist überhaupt nicht verpflichtet, die Stadt hingegen schon. Die Stadt selber hätte bei der Vergabe des Darlehens gewisse Eckdaten füllen müssen. Es wurde festgestellt, dass man wahrscheinlich einfacher zu einem städtischen Darlehen kommt als zu einem Darlehen einer Bank. Die Massnahmen, die gegen den säumigen Schuldner eingeleitet worden waren, waren zu wenig förderlich. Ganz klar ist, dass in einer solchen Situation der Gemeinderat neue Eckpfeiler stellen muss. Er muss sich überlegen, wem er wann und wie ein Darlehen gibt. Der Kleintierzüchterverein forderte bei der Stadt noch mehr Geld, nachdem er bereits ein Darlehen erhalten hatte. Dieses zusätzliche Darlehen wurde gesprochen. Weil Handwerker bezahlt werden mussten, kam der Verein mit dem Bezahlen in Verzug.

Völlig neu ist für mich zudem, dass es keine Kriterien für die Darlehensvergabe an Vereine gibt. Der Gemeinderat sagt, es würden die Kompetenzen der Gemeindeordnung gelten. Das sind aber reine Ausgabenkompetenzen, also für Ausgaben bis zur Höhe x ist der Gemeinderat zuständig. Wenn es bis y Franken kostet, ist der Stadtrat zuständig. Artikel 102 und 136 ff. der Gemeindeordnung regeln nur, wer bis zu welchem Betrag Geld ausgeben darf. Sie regeln aber nicht, wofür das Geld ausgegeben werden darf. Da braucht es Regeln im städtischen Recht, die klar sagen, wann einem Verein oder jemandem das Recht gewährt wird, ein Darlehen aufnehmen zu dürfen. Diese Regeln fehlen hier. Der Gemeinderat hat die Rechtsgrundlage nicht. In diesem Sinne fordern wir vom Gemeinderat, diesbezüglich etwas zu unternehmen. Wenn die Rechtsgrundlage fehlt, geht das gegen das Gesetzmässigkeitsprinzip, sonst kann der Gemeinderat ja irgendeiner Person Geld geben und sagen: „Nimm es, es gehört dir.“ Noch ein Wort zum Versuch des Gemeinderates, nicht nur Regierungsrat Neuhaus, sondern auch der FDP die Schuld in die Schuhe zu schieben. Auch die FDP hat ja von den betreffenden Machenschaften nichts gewusst. Die FDP muss doch nicht über die Finanzen ihrer Mitglieder Bescheid wissen. Sie kann es auch nicht. Das zeigt noch einmal, wie hilflos die Stadt ist, wie peinlich der ganze Fall für die Stadt ist, wenn sie versuchen muss, ihre Verantwortung so abzulegen. Obwohl die Antwort des Gemeinderates ausführlich ist, bin ich natürlich von dem, was ich lesen musste, nicht befriedigt. Bei der Stadt liegt einiges im Argen. Unsere

Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden. Wir bitten Sie, sofern Sie gleicher Meinung sind, das hier kundzutun, damit der Gemeinderat sieht, dass Handlungsbedarf besteht.“

Fraktionserklärungen

Vinzenz Bartlome (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Für unsere Fraktion hat die ganze Geschichte um den Kredit an den Kleintierzüchterverein eine geradezu provinzielle Fahrlässigkeit im Umgang mit städtischen Darlehen gezeigt. Unsere Fraktion hat sich ein solches Kreditmanagement in der Stadt Bern nicht vorstellen können. Wir haben uns gefragt, ob man solche Kredite nicht ganz verbieten sollte. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass man so doch das Kind mit dem Bade ausschütten würde. Es gibt durchaus Situationen, wo unserer Ansicht nach solche städtischen Finanzierungshilfen in Form eines Kredits Sinn machen können. Für uns ist es offensichtlich, dass es Regelungen braucht, in welchen die politischen und finanziellen Voraussetzungen festgehalten sind, die für eine Gewährung solcher städtischer Darlehen bestehen. Es braucht Regelungen, die sagen, wie solche Kredite zu bewirtschaften und zu kontrollieren sind. Man muss einen zentralen Überblick haben, welcher Betrag wo ist. Es sollte dafür gesorgt sein, dass die zuständigen Kommissionen des Stadtrates regelmässig über solche Darlehen informiert werden. Wir werden eine entsprechende Motion einreichen. Wir laden andere Fraktionen, die interessiert sind, ein, sich daran zu beteiligen.

Annette Lehmann (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: In der Interpellation hat Rudolf Friedli geschrieben, dass der Stadtrat und die Öffentlichkeit über diese Angelegenheit informiert werden müssen. Die SVP hat sieben Fragen gestellt und der Gemeinderat hat ausführlich geantwortet. Warum die Diskussion jetzt noch verlangt und gewährt worden ist, verstehen wir nicht. Darum will ich auch nicht viele Worte verlieren. Die Geschichte um das Ex-FDP-Stadtratsmitglied ist wirklich sehr übel. Viele Leute sind betrogen und hintergangen worden. Es laufen Strafverfahren. Positiv ist, dass an verschiedenen Stellen die Abläufe angeschaut und hinterfragt worden sind. In Zukunft wird die Stadt bei solchen Darlehen genauer hinschauen. Auf Seiten der Stadt ist auch ein Fehler gemacht worden. Das geht aus der Antwort auf Frage 2 hervor, wo es um die Bürgschaft geht. Abgesehen davon können wir die Schuldzuweisung an die Stadt nicht nachvollziehen. In diese Geschichte waren viele Personen involviert. Wer was wann vermutet hat und ob überhaupt jemand etwas wusste, kann ich nicht beurteilen. Wir verstehen nicht, warum auch hier ein Bashing gegen den Stadtpräsidenten losgetreten worden ist. Zur Antwort zu Frage 5 gibt es nichts mehr hinzuzufügen. Uns käme es auch nicht in den Sinn, der FDP-Fraktion die Schuld für ihr ehemaliges Mitglied zuzuschreiben und eine öffentliche Geschichte daraus zu machen.

Hasim Sancar (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Unsere Fraktion möchte aus dieser Geschichte kein politisches Kapital schlagen. Wenn wir die Antwort des Gemeinderates genau anschauen, fallen uns aber einige wichtige Unregelmässigkeiten auf, die wir hier kurz erläutern werden. Der Gemeinderat erhöhte den ursprünglichen Kredit von 150 000 Franken zwei Mal. Zuerst um 50 000 Franken und dann noch um 60 000 Franken. Diese Summen wurden Herrn K. ausgehändigt, obwohl keine Bürgschaft durch die Schweizerische Gesellschaft für Kleintierzucht sichergestellt wurde, wie es der Gemeinderatsbeschluss verlangt hatte. Der zuständige Sachbearbeiter wurde in der Zwischenzeit pensioniert. Es gibt zu viele Zufälle, die einer Erklärung bedürfen. Die ganze Sache ist äusserst peinlich. Es drängt sich die Frage auf, ob der Finanzinspektor bei den internen Revisionen nichts gemerkt hatte, oder ob es diesbezüglich Bemerkungen des Finanzinspektors gab. Es scheint, dass niemand etwas bemerkt hatte, obwohl in verschiedener Hinsicht einiges schief gelaufen ist. Auch im EKS-Bereich ist Schaden

angerichtet worden. Die erwähnte Person soll für etwa sechs Personen Beistandschaftstätigkeiten ausgeführt haben. Ist diese Zahl für eine externe Person nicht zu hoch? Wurde nie geprüft, wie er mit den Leuten und deren Geldern umgeht? Am 18. Juli 2011 hat der Kleintierzüchterverein seine Gläubiger, u.a. die Stadt Bern, schriftlich über die Suspendierung des Vereinspräsidenten und des Kassiers, den Tatbestand einer möglichen Unterschlagung von Vereinsgeldern und die Einleitung einer Untersuchung informiert. Der Fall wurde aber erst anfangs November 2011 durch die Medien publik gemacht, worauf der Gemeinderat am 10. November eine Medienmitteilung herausgab. Hier stellt sich die Frage, wann der Gesamtgemeinderat von dieser Sache erfahren und warum er mit der Information an die Öffentlichkeit zugewartet hatte. Die Bemerkung, mit welcher der Vorstossinhaber auch den Stadtpräsidenten in die Geschichte einbezieht, finden wir unakzeptabel. Es heisst, dass irgendwann und irgendwo jemand dem Stadtpräsidenten von den Unregelmässigkeiten im Kleintierzüchterverein erzählt haben soll und der Stadtpräsident trotzdem nichts unternommen habe. Wenn dem überhaupt so war, so ist der Stadtpräsident trotzdem keine Klagemauer. Die Wege für solche Anzeigen sind allen bekannt. Weiter ist festzuhalten, dass auch die Investitionen, die ewb als städtischer ausgelagerter Betrieb in die Infrastruktur dieses Vereins getätigt hat, die Stadt betreffen. Auch wenn die Abläufe technisch gesehen in Ordnung und rechtmässig sind, bedeutet das unter Umständen für die Stadt doch einen Verlust von insgesamt circa 0,5 Mio. Franken.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Es stehen Sachen im Raum, die man nicht unausgesprochen stehen lassen kann. Der Gemeinderat schiebt überhaupt keine Verantwortung auf Regierungsrat Neuhaus ab. Diese Unterstellung weisen wir in aller Form zurück. Wir überlegen sehr wohl, wem wir solche Darlehen vergeben. Diese Darlehen werden jeweils geprüft. Die Behauptung, niemand überprüfe das, ist wohl auf Unkenntnis der Abläufe innerhalb der Verwaltung zurückzuführen. Wir haben gegenwärtig neun laufende Darlehen. Es ist gesagt worden, man solle nun ein Reglement machen. Bedenken Sie, dass die Darlehen sehr unterschiedlich sind. Jedes Darlehen hat seine eigene Geschichte und seine eigene Grundlage. Der Stadtrat hat auch schon Darlehen gesprochen, so für das Alpine Museum und für die Jugendherberge, da diese Bereiche in der Finanzkompetenz des Stadtrates lagen. Der Gemeinderat hat Darlehen gesprochen, die in seiner Finanzkompetenz sind. Diese Darlehen werden geprüft. Es gibt entsprechende Vereinbarungen. Wenn wir dies nun alles in einem Reglement regeln möchten, hätte das Reglement so viele Artikel, dass es am Ende unübersichtlich würde. Es ist richtig, dass man jedes einzelne Darlehen anschaut und dem entsprechenden finanzkompetenten Organ unterbreitet. Wir haben aus Sicht des Gemeinderates sehr wohl eine genügende Rechtsgrundlage. Der Sprecher der BDP/CVP-Fraktion hat gesagt, die Stadt verfüge über kein professionelles Kreditmanagement. Auch hier frage ich mich, mit welchem Kenntnisstand solche Behauptungen in den Raum gestellt werden. Wir haben sehr wohl ein professionelles Management und überprüfen es auch. Hinter diesen Veruntreuungen stand eine sehr grosse kriminelle Energie. Bei einer solch grossen kriminellen Energie hilft Ihnen kein einziges Reglement, es hilft Ihnen kein einziges Controlling. Das hat ja auch gerade der jüngste Fall der Bank Sarasin gezeigt. Da können Sie noch so viele Regeln aufstellen. Wenn eine grosse kriminelle Energie dahinter steht, stehen Sie irgendwo an und können einen solchen Fall mit all Ihren Instrumenten nicht verhindern. Der Sprecher der BDP/CVP-Fraktion hat ausgeführt, dass man im Parlament regelmässig über diese Darlehen informiert werden soll. Ich habe einen Tipp für den Sprecher: Lesen Sie den Jahresbericht. Dort sind alle Darlehen säuberlich aufgeführt. Ich weiss nicht, was wir noch mehr ausführen sollten. Wenn man den Jahresbericht liest, ist man sehr wohl im Bild. Es ist immer wieder gesagt worden, dass das Darlehen dem fehlerhaften Kassier des Vereins gegeben worden sei. Ich möchte richtigstellen, dass das Darlehen dem Verein ausgerichtet wurde. Der Verein hat einen Vorstand, eine Mitgliederver-

sammlung, einen Präsidenten und eine Revisionsstelle. Wenn jemand hätte merken sollen, dass der Kassier kriminelle Energie an den Tag legt, dann wohl kaum der Darlehensgeber, sondern der Darlehensempfänger und die Revisionsstelle, die diese Revision feinsäuberlich abgenickt hat. Wir haben jedes Jahr die Revisionsberichte verlangt. Der Revisionsbericht bis und mit 2010 hat nie Auskunft darüber gegeben, dass in der Kasse irgendetwas nicht stimmt. Wir als Gläubiger sollten uns auf solche Berichte verlassen können. Es kann nicht sein, dass wir für jedes Darlehen eine eigene Revision machen müssen. Es wäre an den entsprechenden Stellen gewesen, mehr Sorgfalt an den Tag zu legen.

Der Sprecher der Fraktion GB/JA! hat eine Frage zur Informationspolitik gestellt, die ich gerne beantworte: Am 20.12.2010 hat die Stadt das letzte Mal gemahnt. Die Finanzverwaltung hat sehr wohl etwas gemerkt und hat Mahnungen ausgesprochen. Sie hat ein Mail des fehlbaren Kassiers erhalten, in welchem er erklärt, dass er den ganzen Betrag per 30.06.2011 überweisen würde. Am 18.07.2011 sind wir vom Vereinspräsidenten informiert worden, dass der Kassier von allen Ämtern suspendiert worden sei. Am 12.09.2011 haben Regierungsrat Neuhaus, Peter Bigler, Peter Iseli, Manuela Gisler und Heinz Kripahle vom Kleintierzüchterverein an einer Sitzung teilgenommen. Seitens der Stadt waren Daniel Schaffner und Willy Carrel von der Finanzverwaltung an dieser Sitzung. Unsere Leute sind informiert worden, dass der Verein praktisch zahlungsunfähig sei, da er aufgrund der kriminellen Machenschaften geschädigt wurde. Am 25.10.2011 ist eine zweite Sitzung abgehalten worden. Seitens des Kleintierzüchtervereins haben Peter Bigler und Peter Iseli und seitens der Finanzverwaltung Daniel Schaffner und Willy Carrel teilgenommen. Die Anwesenden haben informiert, dass nun ein Geständnis vorliege und dass die Schulden eine Grössenordnung von 1,5 Mio. Franken betragen würden. Bei unserem Darlehen sind 260 000 Franken gefährdet. Am 30.10.2011 bin ich von der Finanzverwaltung das erste Mal über diesen Sachverhalt informiert worden. Ich habe sofort, am 02.11.2011, den Gesamtgemeinderat über diesen Sachverhalt informiert. Im Anschluss daran haben wir die Medienmitteilung gemacht. Wir haben nicht viel Zeit verloren, nachdem wir Kenntnis dieses Falls hatten, und die Öffentlichkeit innerhalb von fünf Tagen informiert. Das Darlehen ist gefährdet, aber wir haben noch keine Verluste. Der Kleintierzüchterverein ist genauso Opfer wie die Stadt Bern und alle anderen Gläubiger. Wir versuchen mit dem Vereinsvorstand eine Lösung zu finden, um unsere Gelder so weit wie möglich zu sichern, damit der Schaden möglichst klein gehalten werden kann. Heute haben wir eine Darlehensforderung von 260 000 Franken in unseren Büchern. Das Darlehen läuft gemäss Vertrag noch 17 Jahre.

Regierungsrat Neuhaus hat mich gebeten – da er auch Zeitung liest – in diesem Zusammenhang eine Erklärung zu verlesen. Ich habe ihm versprochen, das zu tun: „Ich habe in der Angelegenheit des Kleintierzüchtervereins Bern in keinem Zeitpunkt als Regierungsrat gehandelt und bin auch nie entsprechend aufgetreten. Es war mir wichtig, private und dienstliche Angelegenheiten sauber auseinanderzuhalten. Dass der Gemeinderat mich als Passivmitglied des Vereins in seiner Antwort mit meiner Funktion als Regierungsrat in Verbindung bringt, kann ich nicht akzeptieren. Ich habe als Passivmitglied des Vereins Vorstandsmitglieder beraten. Zum Zeitpunkt, als ich die Beratung vorgenommen habe, Ende 2010, bestanden gegenüber der Stadt Bern bereits Ausstände in beträchtlichem Ausmass. Dass die Stadt Bern nicht tätig wurde, muss sie verantworten und kann nicht mit Verweis auf einen unterlassenen Hinweis meinerseits aus der Welt geschafft werden. Ich erwarte, dass der Gemeinderat anlässlich der Behandlung der Beantwortung der dringlichen Interpellation im Stadtrat diesen Sachverhalt klarstellt. Gleichzeitig bitte ich Sie, mir dies im Voraus zu bestätigen. Freundliche Grüsse, Christoph Neuhaus.“

Wir haben diesen Wunsch selbstverständlich wahrgenommen. Ich möchte anfügen, dass wir selbstverständlich auch einen Hinweis der Privatperson Neuhaus sehr gerne entgegengenommen hätten. Er wäre hilfreich gewesen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SVPplus ist mit der Antwort nicht zufrieden.

9 Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Mehrweggeschirr statt Flaschenwurf und Müllberge! Auch die IKUR-Reitschule braucht ein Mehrweggeschirr- und Abfallkonzept!

Geschäftsnummer 11.000329 / 11/323

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 21. Dezember 2011

Der Motionär *Roland Jakob* (SVP): Mehrweggeschirr ist ein leidiges Thema. An gewissen Orten will man Mehrweggeschirr, an anderen nicht. Lustigerweise, und dafür möchte ich dem Gemeinderat danken, hat der Gemeinderat in seiner Antwort aufgezeigt, wie es mit dem öffentlichen Boden betreffend Umweltschutz und Mehrweggeschirr bestellt ist. Der Gemeinderat schreibt: „Grundstücke der Stadt Bern, welche mit solchen Mietverhältnissen der öffentlichen Nutzung entzogen sind, können deshalb nicht als „öffentlicher Grund“ im Sinne des Abfallreglements qualifiziert werden.“ Das heisst, wenn ich kein Mehrweggeschirr will, organisiere ich mit einem Mietvertrag öffentlichen Grund und nachher mache ich dort, was ich will. Genau dies ist nicht der Sinn des Mehrweggeschirrs und auch nicht des Abfallreglements. Darum werden wir heute noch eine weitere Motion einreichen, welche diese bestehende Lücke im Reglement schliessen soll. Diese Lücke hat sich auf dem Vorplatz der Reitschule breit gemacht, da man dort der Umwelt – weil man nicht muss – doch nicht so frönt, wie der Gemeinderat in seiner Antwort geschrieben hat. Wir verlangen hier und heute Rechtsgleichheit auch beim Mehrweggeschirr. Wenn wir einmal Ja gesagt haben, so soll dieser Entscheid für alle gelten. Es darf nicht sein, dass sich Organisatoren, die dem Gemeinderat ein wenig näher stehen, weil er zwischendurch von ihnen eingeladen wird, herausmogeln können. Es soll für alle gleich sein. Wir wollen, dass man auf öffentlichem Raum – ob er nun gemietet wird oder nicht – gemäss Reglement verpflichtet wird, das Abfallkonzept einzuhalten und Mehrweggeschirr zu benutzen. Wenn es nicht so ist, bin ich gerne bereit, die ganze Übung abzublasen und das Abfallreglement so zu ändern, dass das Mehrweggeschirr nicht mehr zum Einsatz kommt. Aber das ist nicht im Sinne der hier Anwesenden. In der Stadt Bern müssen alle gleich behandelt werden. Das möchte ich dem Gemeinderat auf den Weg geben. Gleiches Recht für alle heisst miteinander in die Zukunft schauen. Der Gemeinderat hat gesagt, er lehne die Motion ab. Aus diesem Grund bin ich bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln. Ich hoffe, dass meine Worte von den Ohren des Gemeinderats aufgenommen werden und er dementsprechend handelt.

Fraktionserklärungen

Martin Mäder (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Ich erlaube mir zuerst eine persönliche Bemerkung: Dass sich hier die SVPplus-Fraktion und nicht eine Partei aus dem links-grünen Spektrum für umweltschützerische Anliegen wie den Kampf gegen die Müllberge einsetzt, freut mich ausserordentlich. Warum sollten solche Themen, die alle Bürgerinnen und Bürger

betreffen, nur linken und ökologisch orientierten Parteien vorbehalten bleiben? Leider wird meine Freude über das für mich verblüffende Engagement der SVPplus-Fraktion dadurch getrübt, dass sich der Vorstoss quasi gegen die Reithalle richtet, was für mich nun weniger überraschend ist. Ob ideologisch gefärbt oder nicht, das geäusserte Anliegen ist durchaus legitim. Die SVPplus-Fraktion wirft zu Recht bestimmte Fragen auf und legt den Finger auf einen wunden Punkt – ich meine nicht die Bemühungen der IKuR in diesem Bereich: Wie der Gemeinderat uns in seiner Antwort wissen lässt, bemüht sich die Reithalle offenbar bereits redlich um Themen wie Mehrweggeschirr oder Mehrwegbecher. Die IKuR wird in der gemeinderätlichen Antwort auch als Pionierin gewürdigt. Sie unternimmt alle Anstrengungen, ohne dass für städtisch subventionierte Betriebe eine entsprechende Verpflichtung im Abfallreglement bestehen würde. Jetzt zu sagen, dass der Vorstoss der SVPplus-Fraktion offene Türen einrennt, würde diesem Vorstoss auch nicht gerecht werden. Wenn man ein wenig über den Tellerrand des Mehrweggeschirrs hinausschaut, drängt sich für die BDP/CVP-Fraktion eine konkrete Frage auf, welche wir gerne vom Gemeinderat beantwortet hätten. Ist eine Vorschrift, wie sie dieses Postulat vorsieht, für Leistungsverträge nicht üblich? Sollte das nicht in Leistungsverträgen festgeschrieben werden? Wird möglicherweise mit zwei Ellen gemessen? Es ist hinlänglich bekannt, dass der Gemeinderat solche Vorschriften sonst mit aller Konsequenz und Härte durchzusetzen weiss. Es kann nicht sein, dass sich gewisse Veranstalter klar und fast sklavisch an solche Regeln halten müssen, während man bei anderen nicht so genau hinschaut. Die BDP/CVP-Fraktion unterstützt das Postulat der SVPplus-Fraktion.

Beat Zobrist (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die SVP verlangt Mehrweggeschirr. Sehr gut. Sie unterstützt damit unser Postulat „Mehrweg statt Wegwerf auch in städtischen und städtisch subventionierten Betrieben“, welches wir im September 2008 eingereicht haben und das der Stadtrat im November 2010 erheblich erklärt hat. Ob die Reitschule als städtisch subventionierter Betrieb gilt oder nicht, oder ob der Vorplatz ein öffentlicher Raum sei oder nicht, spielt bezüglich Mehrweg keine grosse Rolle. Mehrweg ist sowieso gut und darum unterstützt ein Teil der Fraktion dieses Postulat. Ich gehöre auch zu diesem Teil. Es gibt in unserer Fraktion Personen, die das Postulat nicht unterstützen. Sie lehnen es wegen des unpassenden Titels „Mehrweggeschirr statt Flaschenwurf“ ab. Das hat nichts miteinander zu tun. Es gibt keinen Zusammenhang. Man kann alle möglichen Gegenstände als Wurfgeschoss benützen, sogar Gegenstände, die gar nichts mit Verpflegung zu tun haben. Die Flaschenwürfe werden mit Bierflaschen getätigt, also mit einem Mehrweg-Gegenstand, für welchen ein Depot bezahlt worden ist. Der Gemeinderat schreibt richtigerweise, dass die IKuR in Sachen Abfall vorbildliche Pionierin ist. Ich wollte das selber sehen und habe mir vorgestern Abend einen solchen Mehrwegbecher besorgt. Die Reitschule hat schon seit langer Zeit eigene Mehrwegbecher. Ich habe erfahren, dass die IKuR jeden Morgen mit einer eigenen Equipe den Vorplatz reinigt. Der Abfall wird in Glas, Metall und Papier getrennt und recycelt. Der meiste Abfall, der auf dem Vorplatz liegen bleibt, stammt von Leuten, die von aussen Sachen mitbringen und den Abfall dort liegen lassen. Dass die Reitschule vor ihrem Platz selbst putzt, ist pionierhaft. Die Clubbesitzer an der Aarberger- und Neuengasse haben jetzt erst angefangen, unter den Lauben zu reinigen. Wenn wir mit der Reitschule ein Problem haben, dann sicher nicht wegen ihres Umgangs mit dem Abfall. Wenn man die Antwort des Gemeinderats liest und wenn man berücksichtigt, was ich herausgefunden habe, dann ist das Anliegen der SVPplus erfüllt. Sie hat ihre Motion nun in ein Postulat gewandelt. Ich hoffe, dass das Postulat angenommen wird, auch wenn nicht alle Mitglieder unserer Fraktion zustimmen werden. Ich beantrage im Namen der SP/JUSO-Fraktion, dass die Antwort des Gemeinderates zugleich als Prüfungsbericht gilt. Zum angesprochenen Themenfeld kann man nicht mehr herausfinden. So können wir das Postulat abschreiben. Viele Leute wissen übrigens nicht, dass man auch Mehrwegbecher als Wurfgeschosse benützen kann (*wirft den Mehrwegbecher einem Ratsmitglied zu*).

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion ist im Grundsatz für Mehrweggeschirr. Wir finden das eine gute Sache, aber nur – und das war bisher die Auffassung der Stadtratsmehrheit anlässlich der Diskussion zum Abfallreglement – wenn es um Grossveranstaltungen geht, bspw. um Festivitäten auf dem Bundesplatz oder beim Gurtenfestival, obwohl letzteres nicht auf dem Gebiet der Gemeinde Bern durchgeführt wird. Bei solchen Anlässen macht es Sinn, Mehrweggeschirr zu verwenden. Wer sich erinnern mag, wie es beim Gurtenfestival vor der Verwendung von Mehrweggeschirr ausgesehen hat, kann sich einigermaßen ein Bild über den Nutzen solcher Mehrweggeschirr-Konzepte machen. Für uns ist wichtig, dass man bei diesen Mehrweggeschirr-Ideen die Verhältnismässigkeit wahrt. Das heisst, es ist nicht verhältnismässig, wenn man versucht, dem Kleingewerbe Mehrweggeschirr aufzudrücken. Es ist nicht verhältnismässig, an einem kleinen Quartierfest Mehrweggeschirr aufzuzwängen. Man kann sich darüber streiten, ob es nicht sinnvoll wäre, bei karitativen Veranstaltungen ein Auge zuzudrücken, wenn die Veranstalter aus Kostengründen das Mehrwegkonzept nicht einhalten können oder wollen. In vielen Fällen gibt es in diesem kleinen Rahmen einen sehr grossen Aufwand für die Veranstalter. Der Nutzen, auch in gesellschaftlicher Hinsicht, ist aber bescheiden. Aktuell kennen wir den Fall eines Crêpiers auf dem Bundesplatz, der gegen den Einsatz von Mehrweggeschirr kämpft. Wir haben im Rat auch schon darüber diskutiert, ob man nicht die Chilbi in Bümpliz von dieser Auflage befreien könnte. Wir sind der Meinung, dass die Stadt diesen Leuten, die in der Stadt etwas machen und damit nicht das grosse Geld verdienen, sondern sich durchschlagen, im Sinne des Verhältnismässigkeitsprinzips entgegenkommen sollte. Wie wir bereits wissen, ist es so, dass die Gewerbepolizei anderer Auffassung ist. Sie ist der Meinung, möglichst viel Mehrweggeschirr verwenden zu lassen und möglichst überall diese Auflage durchzusetzen. Solange das der Fall ist, ist es nur konsequent, wenn sich auch die Reitschule diesen Regelungen unterordnen muss. Da sind wir beim Thema der Gleichbehandlung. Für viele Gewerbetreibende ist es unverständlich, dass man sie zwingt, diese Auflagen zu erfüllen – ob sie sinnvoll sind oder nicht – und bei uns politisch nahe stehenden Gruppierungen ein Auge zudrückt. In diesem Sinn unterstützen wir das Postulat. Wir sind der Meinung, dass man diese Frage nochmals grundsätzlich diskutieren muss. Grundsätzlich wollen wir Mehrweggeschirr nur bei Grossveranstaltungen. Wir haben einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, damit klar geregelt wird, wer in der Stadt Mehrweggeschirr verwenden muss und wer nicht.

Die Vorsitzende *Ursula Marti*: Wir unterbrechen das Traktandum an diesem Punkt und werden an der nächsten Sitzung damit weiterfahren. Alle Anwesenden sind zum Apéro in der Rathaushalle eingeladen.

- Die Fortsetzung von Traktandum 9 sowie die Traktanden 11, 12, 14, 16, 17 und 18 werden auf die Sitzung vom 26. Januar 2012 verschoben. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP, FDP und SVPplus (Lukas Gutzwiller, GFL/Peter Ammann, GLP/Judith Renner-Bach, BDP/Jaqueline Gafner Wasem, FDP/Robert Meyer, SD): Die Zukunft der städtischen Pensionskasse sichern!
2. Dringliche Motion GFL/EVP (Peter Künzler/Lukas Gutzwiller, GFL): Widersprüche zwischen Personalreglement und Personalvorsorgereglement beseitigen
3. Motion Fraktion SVPplus (Roland Jakob/Manfred Blaser, SVP): Das Abfallreglement und die Mehrweggeschirrpflicht gilt auch für Grundstücke der Stadt Bern, die durch Mietverhältnisse der öffentlichen Nutzung entzogen sind!
4. Motion Fraktion FDP (Alexandre Schmidt, FDP): Sportkonzept. Zusatzbericht „Eis und Wasser“ mit den wahren Fakten und neuen Vorschlägen
5. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GLP, BDP/CVP, FDP (Prisca Lanfranchi/Rania Bahnan Büechi, GFL/Michael Köpfli, GLP/Judith Renner-Bach, BDP/Dolores Dana, FDP): Zusammenführen von Fachstellen mit Querschnittsaufgaben im Dienste einer wirksamen und ressourcenschonenden Politik der Vielfalt
6. Interpellation Robert Meyer (SD): Wie kam die fehlerhafte Interpellationsantwort in Sachen Weyerlibad zustande?
7. Interpellation Matthias Stürmer (EVP): Umzonung experimentelles Wohnen
8. Kleine Anfrage Fraktion FDP (Dolores Dana, FDP): Kaderrapport der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie vom 16. Januar 2012 – Wahlkampf des SUE-Direktors mit Steuergeldern?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin 2011: *Vania Kohli*

Die Präsidentin 2012: *Ursula Marti*

Die Protokollführerin: *Annika Wanner Mezzetti*